

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 72

16. April 1985

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages, würdigt den Wahlsieg der APRA in Peru: Neue Regierung vor schweren Problemen.

Seite 1

Alwin Brück MdB, Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages, stellt die Ergebnisse des Madrider Kongresses der sozialdemokratischen Parteien der EG vor: Für ein solidarisches Europa.

Seite 2

Clemens Nagel MdL, Vizepräsident des Freundschafskreises Rheinland-Pfalz/Burgund, fordert dazu auf, Französisch zu lernen: Freundschaft kann nicht sprachlos sein.

Seite 4

Demokratischer Erfolg in Peru

Die neue Regierung wird mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert sein

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

In Peru zeichnet sich die Wahrscheinlichkeit ab, daß die "revolutionäre amerikanische Volksallianz" (APRA) zum erstenmal in den ungefähr 60 Jahren ihres Bestehens jene politische Entscheidungsgewalt erhält, die ihr schon mehrmals trotz demokratischer Legitimation von putschenden Militärs vorenthalten worden war. Zum erstenmal in der 164-jährigen Geschichte des unabhängigen Perus wird ein gewählter Präsident sein Amt an einen ebenfalls gewählten Nachfolger übergeben.

Dies sind nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 14. April 1985 ermutigende Zeichen für die Festigung der Demokratie in einem Land, das unter schweren wirtschaftlichen und politischen Problemen zu leiden hat.

Die Regierung Belaunde Terry konnte die Wirtschaft nicht sanieren. Dazu tritt die immer stärker werdende Offensive des "Sendero Luminoso", der mit seinem Terror inzwischen zu einem staatlichen Gegenterror geführt hat.

Das neue Parlament wird in den nächsten fünf Jahren eine APRA-Mehrheit haben. Der neue Präsident wird vermutlich der Kandidat der APRA, Alan Garcia, sein. Diese neue politische Führung steht vor Problemen, die kaum lösbar scheinen. Sie wird der Solidarität all jener bedürfen, die ein demokratisches Peru wünschen.

Soweit Hilfe von außen bei der Lösung der Probleme gewünscht und möglich ist, sollte die Bundesrepublik zu einer solchen Unterstützung bereit sein.

(-/16.4.1985/rs/ks)



Für ein solidarisches und demokratisches Europa

Die sozialdemokratischen Parteien in der EG forderten auf ihrem Madrider Kongreß einen Ausbau der Gemeinschaft

Von Alwin Brück MdB

Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages

Für "ein solidarisches und demokratisches Europa" haben sich in der vergangenen Woche die sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft auf dem Kongreß ihres Bundes in Madrid ausgesprochen. Daß dabei in einer Entschließung an erster Stelle der Beitritt Spaniens und Portugals zur EG ab 1. Januar des nächsten Jahres einhellig begrüßt wurde, lag nicht nur darin begründet, daß die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft ein politischer Schritt von grundlegender Bedeutung für Europa und die Welt ist, sondern auch darin, daß die sozialistischen Parteien der Gemeinschaft entscheidend zum Durchbruch in der Beitrittsfrage beigetragen haben, zumal mit Italien ein Land die EG-Präsidentschaft zum Zeitpunkt der Einigung innehatte, dessen Ministerpräsident ein Sozialist ist.

Die europäischen Sozialisten werden auch künftig ihre Kräfte dafür einsetzen, daß sich dieser Erfolg in den Beitrittsverhandlungen für die Überwindung des Stillstandes in der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft auswirkt. Das ist auf diesem Kongreß auch deutlich geworden, sieht man einmal von der eher zögernden Haltung der Briten und Dänen ab.

So treten die Sozialdemokraten der Gemeinschaft für deren Weiterentwicklung zur Politischen Union ein. In der auf dem Kongreß verabschiedeten Entschließung wird daher eine Reform der Gemeinschaft gefordert, die dem vom Europäischen Parlament im vergangenen Jahr verabschiedeten Vertragsentwurf für eine Union und dem Bericht des ad hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen, der dem Europäischen Rat vorgelegt wurde, Rechnung trägt. Insbesondere soll das Europäische Parlament ein echtes Legislativrecht in Form einer Mitentscheidung mit dem Rat und ein politisches Kontrollrecht über die Kommission ausüben. Dabei wird dann die Idee unterstützt, eine Konferenz auf Regierungsebene zur Aushandlung eines Vertrages über die Europäische Union einzuberufen.

Der frühere holländische Ministerpräsident Joop den Uyl, der wieder zum Vorsitzenden des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG gewählt wurde, hatte bereits zu Beginn des Kongresses deutlich gemacht, daß sich die Sozialisten immer als Internationalisten verstanden haben und sie schon von daher für eine Europäische Union eintreten, in der sie dann ihre Ideen von der Zusammenarbeit der Völker wenigstens teilweise verwirklichen können.

Sozialdemokraten wollen aber auch einen Ausbau der Bürgerrechte in der Gemeinschaft. So wird in der Entschließung verlangt, daß alle EG-Bürger in allen EG-Mitgliedsstaaten ein allgemeines und unbeschränktes Aufenthaltsrecht erhalten, daß die Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft abgebaut werden, daß EG-Bürger im jeweiligen Aufenthaltsland das Kommunalwahlrecht haben und daß Maßnahmen gegen das Wiederaufkommen des Rassismus, Faschismus und gegen die Diskriminierung von Wanderarbeitnehmern und ethnischen Minderheiten getroffen werden.



Dabei werden die wirtschaftlichen Probleme, von denen wir alle stehen, nicht übersehen. So ist man sich bewußt, daß Europa in einer schweren Krise wirtschaftlicher und sozialer Anpassung steht. Die Solidarität mit den Arbeitslosen bedarf einer dynamischen Wirtschaft.

Von jeher haben die Sozialdemokraten die Rechte der Arbeitnehmer verteidigt. Aber heute muß auch der Grundstein für die künftige Entwicklung gelegt werden: Der beste Weg zur Sicherung und zum Ausbau der Arbeitnehmerrechte ist die Modernisierung und Weiterentwicklung der Wirtschaft durch eine selektive und qualitative Wachstumspolitik.

Dabei wird auch der scheinbare Widerspruch zwischen wirtschaftlichem Wachstum und dem Schutz der Umwelt zurückgewiesen. Die europäischen Sozialisten fordern eine europäische Umweltpolitik, die die Ursachen der Umweltverschmutzung angeht, deren Auswirkungen häufig die Grenzen überschreiten, und eine aktivere Bürgerbeteiligung an den Projekten, welche die Umwelt verändern.

Die europäische Währungspolitik, die Reform der Agrarpolitik, die Beziehungen zur Dritten Welt, die Aufspaltung der Welt in sich starr gegenüberstehende Blöcke sind weitere Themen der Entschließung des Kongresses.

Dabei wird deutlich, daß Europas Sozialisten diese Fragen mit Selbstbewußtsein angehen. Mehr Selbstbewußtsein wird von ganz Europa erwartet. Europa - so fordern es die Sozialisten - muß auf allen Ebenen der Zusammenarbeit, sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf politischer Ebene, einschließlich seiner Sicherheit, eine unabhängigere Haltung entwickeln.

(-/16.4.1985/rs/ks)

+ + +



Französisch lernen!

Die Freundschaft mit Frankreich kann nicht sprachlos sein

Von Clemens Nagel MdL

Vizepräsident des Freundschaftskreises Rheinland-Pfalz/Burgund

Wird künftig nur noch eine kleine Elite in Deutschland Französisch und in Frankreich Deutsch lernen und somit die Sprachlosigkeit deutsch-französischer Begegnungen zu einer traurigen Realität werden?

Der starke Rückgang des Deutschen in Frankreich als erste und zweite Fremdsprache und seine Verdrängung durch das Englische und neuerdings durch das Spanische lassen Schlimmstes befürchten. Nicht ganz so pessimistisch stimmen die Zahlen in der Bundesrepublik, insbesondere in Rheinland-Pfalz, wo der Anteil der Schüler, die mit Französisch als erste Fremdsprache beginnen, in den letzten Jahren kontinuierlich, wenn auch langsam, angestiegen ist und mittlerweile bei über acht Prozent liegt.

Es geht nicht darum, einen Konkurrenzkampf zwischen Englisch und Französisch zu entfachen. Ein Schüler mit Abitur oder mittlerer Reife muß Englisch können. Allerdings ist auch unbestritten, daß ein Schüler, der mit Französisch beginnt, nach der 10. beziehungsweise der 13. Klasse ebenso gut das Englische beherrscht wie jene, die mit Englisch begonnen haben, dafür aber wesentlich besser die französische Sprache anwendet.

Rheinland-Pfalz ist ein Nachbar Frankreichs. Nicht nur, daß viele Bürger unseres Landes die Grenznähe häufig zu Tages- und Wochenendausflügen nutzen, auch als Reiseland erfreut sich Frankreich großer Beliebtheit bei den Rheinland-Pfälzern. Um wieviel angenehmer, leichter und eindrucksvoller wird ein Urlaub, wenn man die Sprache des Gastlandes beherrscht. Allein diese Grenznähe und die damit verbundenen Möglichkeiten sollten schon für sich ein Anreiz sein, Französisch zu wählen.

Der Erwerb der französischen Sprache kann auch ein Garant für den Arbeitsplatz werden. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft liegt mit ihrer Exportquote weit über dem Bundesdurchschnitt. Frankreich ist dabei unser größter Handelspartner.



Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (vergleiche "Handelsblatt" vom 30. August 1984) brauchen die Unternehmen polyglotte Mitarbeiter und erwarten für die Zukunft einen weiter steigenden Fremdsprachenbedarf. Er konzentriert sich für Französisch auf den Sachbearbeiterbereich, gefolgt vom Sekretariat und schreibtechnischen Bereich, in dem mittlere bis gehobene Anforderungen gestellt werden. In dem kaufmännischen Bereich der mittleren Führungsebene werden bereits gehobene Fremdsprachenfertigkeiten gefordert.

Dies gilt insbesondere für die obere Führungsebene, die sowohl im kaufmännischen als auch im technischen Bereich gehobene fremdsprachliche Qualifikationen erfordert.

Ein Europa der Zukunft kann sich nicht mit dem Erlernen einer Fremdsprache - dem Englischen etwa - zufriedengeben. Die kulturelle Identität jeder europäischen Nation erfordert das Beherrschen mehrerer Fremdsprachen. Für die spezielle Lage Deutschlands als europäischem Grenzland gilt dies in besonderem Maße. Die hervorragenden Beziehungen zu Frankreich auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet sowie die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik erfordern die Beherrschung des Englischen und des Französischen.

Der Beginn mit Französisch in Klasse 5 mit einer Sprache, die in den ersten Jahren schwieriger ist als das Englische, erhöht sichtlich die Berufschancen Jugendlicher. Dies gilt insbesondere für Rheinland-Pfalz, das traditionell enge Verbindungen zu Frankreich unterhält und in dem mehr als 110 Städte und Gemeinden mit französischen Kommunen gepartnert sind.

Der Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz/Burgund hofft daher, daß nicht Sprachlosigkeit die Zukunft der Kinder unserer 4. Grundschulklassen bestimmen wird, sondern Mehrsprachigkeit. Englisch? Ja! Französisch? Ja! Aber Französisch als erste Fremdsprache in Klasse 5!

(-/16.4.1985/rs/ks)

+ + +

